

(Abgeordneter Schäfer.)

(A) meister hat mir Ende November vorigen Jahres erklärt, daß man nicht in der Lage sei, eine nennenswerte Zahl von Arbeitslosen mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen.

Als ich ihn darauf hingewiesen habe, daß der Elster-Saale-Kanal in Arbeit genommen werden möchte, nicht als Notstandsarbeit, sondern als dringliche Arbeit, erklärte er: Den können wir nicht in Arbeit nehmen, weil die Pläne noch nicht bearbeitet sind, es vergehen mindestens noch 5 Monate. So hat man in Leipzig Vorsorge getroffen, um bei Beendigung des Krieges den heimkehrenden Soldaten Leipzigs Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Weiter hat man darauf Bezug genommen, daß für die Leipziger Arbeiterschaft genügend Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, in Zeithain Arbeit zu bekommen. Auch das ist ein Gebiet, das ich speziell mit bearbeitet habe. Die Vorgänge von Zeithain sind mir persönlich bekannt, und ich kann, so gerne ich alles mittun möchte, um die Arbeitslosigkeit zu mindern, es aber keinem verheirateten Familienvater in Leipzig zumuten, für 12 M. Tagelohn nach Zeithain zu gehen und einen doppelten Haushalt zu bestreiten. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn man gelernte Arbeiter braucht, noch dazu für Staatsarbeiten, muß man sich dazu be-

(B) quemen, mindestens dieselben Löhne zu bezahlen, die man vom Privatunternehmertum verlangt, und da können wir sagen, daß wir in Leipzig allerdings — es handelte sich um Metallarbeiter, die man benötigte — unseren Arbeitskollegen andere Stellen nachweisen können als solche mit 12 M. Tagelohn. Hier trifft zu, was auch auf die Kohlenversorgung zutrifft: Bitte, meine Herren, gehen Sie mit gutem Beispiel voran, gehen Sie nach Zeithain für 12 M. Tagelohn und ernähren Sie noch eine Familie in Leipzig!

Im wesentlichen hätte sich diese Angelegenheit für mich erledigt. Doch noch zu einem Satz des Herrn Ministers Dr. Gradnauer möchte ich etwas sagen. Herr Dr. Gradnauer hat darauf Bezug genommen, daß Leipzig seit dem 9. November v. J. sich gewissermaßen als selbständige Republik erklärt habe, und er hat zur Begründung darauf hingewiesen, daß früher zwei Mitglieder von Leipzig in der Regierung gesessen haben und daß auch da die Leipziger Arbeiterschaft der Regierung nicht Gefolgschaft geleistet hätte. Das trifft ohne weiteres zu, weil wir eben alles, was nicht richtig ist, was die Regierung aus Unkenntnis der wahren Verhältnisse anordnet, ablehnen; wenn wir in der Lage sind, die Verhältnisse besser zu überschauen, lehnen wir es ab, irgend eine Dummheit, die von der Regierung verfügt wird, mitzumachen. Wir haben es aber nicht unterlassen, in

dem Augenblick, als die Verfügung kam — ich weiß (C) nicht, um welche es sich handelte, mir sind mehrere bekannt, die wir nicht befolgt haben — dem betreffenden Ministerium sofort Mitteilung zu machen: Wir befolgen die herausgegebene Verfügung nicht, aus diesem oder jenem Grunde können wir das nicht tun, und wir bitten euch, diese Verfügung einer Revision zu unterziehen! Wir glauben, da ganz korrekt gehandelt zu haben. Die Leipziger Arbeiterschaft wird auch in Zukunft auf diesem Gebiete keine andere Stellung einnehmen können.

Wenn einer der Mehrheitssozialisten uns zugerufen hat, daß wir in unserem Beginnen einhalten möchten, so kann ich nur der jetzigen Regierung zurufen, wenn sie den geringen Rest von Ansehen, den sie bei der Leipziger Arbeiterschaft noch genießt, nicht gänzlich verscherzen will — und auch die Mitglieder der mehrheitssozialistischen Fraktion mögen sich das gesagt sein lassen —: Sie wissen nicht, wie die Entwicklung geht, Sie glauben sie noch zu kennen, aber auch Sie sitzen auf dem Vulkan, und die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo die ganze Arbeiterschaft dasselbe fordert, was die Leipziger Arbeiterschaft von der sächsischen Regierung fordert.

Nun habe ich allerdings das Gefühl, daß es heute möglich sein wird, in der gemeinsamen Besprechung zwischen den Vertretern der Leipziger Arbeiterschaft mit dem Herrn Minister Schwarz — man hat einen glück- (D) lichen Griff getan, daß man den Minister Schwarz nach Leipzig geschickt hat, der ja immer noch in einem erfreulichen Gegensatz zu einem Teil der Mitglieder seiner Fraktion sich befindet — eine Verständigung zu erzielen. Ich glaube, daß es möglich sein wird, nachdem insbesondere die Reichsregierung durch die angekündigten Gesetzesverfügungen zum Ausdruck gebracht hat, daß sie das Recht der Arbeiterschaft, die Forderung auf verfassungsmäßige Festlegung der A- und S.-Räte anerkannt hat, und mein Parteifreund Ryffel hat Ihnen ja schon gesagt, daß wir in einigen Tagen vielleicht wiederholt an Sie herantreten werden, und wir hoffen, daß Sie dann die Zeichen der Zeit besser verstehen werden wie vor einigen Tagen und dann ohne weiteres diesem Antrage, der als Minderheitsantrag 3a vorgelegen hat, Ihre Zustimmung geben werden. Würden Sie das wider Erwarten nicht tun, so werden sich leicht Dinge ereignen, die dazu führen, was man gern vermeiden möchte, zum gänzlichen Verfall des Wirtschaftslebens, aber nicht durch unsere Schuld, sondern nur durch Ihre Ablehnung der berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft.

(Bravo! bei den Unabhängigen. — Widerspruch.)

**Präsident:** Das Wort hat Herr Minister Neuring.